

Dienstag 18. Dezember 2018

Nummer 829

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Das gesamte La Lettre-Team wünscht Ihnen Frohe Weihnachten und einen Guten Rutsch ins neue Jahr. Wir danken Ihnen für Ihre Treue und freuen uns Sie am 15. Januar 2019 wieder zu begrüßen.

Es ist Zeit eine europäische Einwanderungs- und Asylpolitik für die Zukunft zu erschaffen.

Autor : Dimitris Avramopoulos



In einer Ära der menschlichen Mobilität muss sich die Europäische Union bemühen, das Migrationsproblem auf globaler Ebene zu bewältigen, indem sie die irreguläre Migration reduziert und eine sichere und geordnete Migration ermöglicht. Man muss die Strategie vervollständigen, die mit der Krise 2015 entwickelt wurde. Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar, erklärte, dass es dringend notwendig sei, eine gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik für die Zukunft zu definieren und eine Mauer gegen populistische und nationalistische Kräfte zu errichten.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Konferenz/Saarbrücken - Atlas/EU **Europäischer Rat** : Gipfel/Euro - Schlussfolgerungen **Kommission** : Sicherheit **Parlament** : Japan - Verteidigung - Digitales - Zukunft/EU - Sacharow Preis - Haushalt 2019 - Kampf/Terror **Rat der Europäischen Union** : Cybersicherheit - Ukraine - Zukunft/EU - Montenegro/Serbien - Fischerei - Kosovo **Diplomatie** : Ägypten - Kirgisistan **Gerichtshof** : EZB **EZB** : Ende/QE **Frankreich** : Haushalt **Irland** : Abtreibung **Italien** : Haushalt **Polen** : Justiz **Großbritannien** : Brexit **Schweden** : Premierminister? **Schweiz** : Börse **Europarat** : Italien **UNO** : COP24 **Eurostat** : Inflation - Handel - Soziales **Berichte / Studien** : Telefon - Frauen/Digital - Antisemitismus - Rüstung **Kultur** : Ausstellung/Paris - Ausstellung/Prag - Ausstellung/Turin - Ausstellung/Finnland - Ausstellung/Lüttich

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

[Auf dem Weg zu einem Europäischen Kodex für Unternehmensrecht](#)



Die saarländische Regierung veranstaltet am 21. Dezember in Saarbrücken unter Beteiligung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz und dem Gouverneur der Banque de France François Villeroy de Galhau eine Konferenz zum Entwurf eines europäischen Unternehmensgesetzbuches. Dieser Gesetzentwurf wird von der Stiftung unterstützt... [Fortsetzung](#)

"Der Ständige Atlas der Europäischen Union", verfügbar in gedruckter und digitaler Form.



Im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen hat die Robert-Schuman-Stiftung eine neue Ausgabe des "Ständigen Atlas der Europäischen Union" veröffentlicht, der einen umfassenden Überblick über die Union, das Euro-Währungsgebiet und jeden der Mitgliedstaaten bietet und jedem Leser jederzeit die neuesten und objektivsten politischen und statistischen Informationen zur Verfügung stellt. Erhältlich in Papierform, auf der Website der Stiftung oder im Buchhandel sowie in digitaler Form, ist es eine großartige Weihnachtsgeschenkidee... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Erklärung des Gipfels der Eurozone



Auf dem Gipfel der Eurozone am 14. Dezember in Brüssel diskutierten die 27 Staats- und Regierungschefs den Bericht der Eurogruppe über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Sie billigten die Regeln des gemeinsamen Sicherheitsnetzes für den Single Resolution Fund, der bis 2020 einsatzbereit sein wird, wenn die Risiken ausreichend reduziert werden. Sie ersuchten die Eurogruppe, sich auf die Umsetzung der Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bis Juni 2019 vorzubereiten und an der Gestaltung und Umsetzung eines Haushaltsplans für das Euro-Währungsgebiet zu arbeiten. Sie forderten auch, dass die Arbeiten an der Bank- und Kapitalunion abgeschlossen werden... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates



Auf ihrer Tagung am 13. und 14. Dezember in Brüssel forderten die Staats- und Regierungschefs weitere Beratungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, damit im Herbst 2019 eine Einigung erzielt werden kann. Sie sind "besorgt" über die Eskalation der Gewalt in der Ukraine und haben die Sanktionen gegen Russland verlängert. Im Kreis der 27 erklärten sie, dass das Rücktrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich nicht neu verhandelt werden könne, und erinnerten daran, dass die irische Lösung ohne eine alternative Regelung das letzte Mittel wäre. Sie forderten die rasche Vollendung des Binnenmarkts und die Annahme der Vorschläge der Kommission zur Bekämpfung von Fehlinformationen. Sie erörterten auch die Umsetzung der Migrationspolitik. Sie diskutierten die Ergebnisse der Bürgerkonventionen, die sie in die Vorbereitung des nächsten strategischen Programms einbeziehen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Fortschrittsbericht über die Sicherheitsunion



Am 11. Dezember berichtete die Kommission über die Fortschritte beim Aufbau einer Union mit echter und wirksamer Sicherheit seit der Tagung des Europäischen Rates im Oktober letzten Jahres. Sie erinnerte an die positiven Fortschritte bei mehreren Vorschlägen, insbesondere bei der Stärkung von Frontex oder der Löschung terroristischer Inhalte im Internet, hoffte aber, dass Parlament und Rat rasch eine Einigung über dringende Fragen wie die Interoperabilität der Informationssysteme erzielen würden. Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, die beschlossenen Maßnahmen rasch umzusetzen, und betonte, dass die Widerstandsfähigkeit der Union gestärkt werden muss... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Ratifizierung des Handelsabkommens EU-Japan



Die Europaabgeordneten billigten mit 474 gegen 152 Stimmen bei 40 Enthaltungen das Freihandelsabkommen EU-Japan, das wichtigste bilaterale Handelsabkommen der EU. Mit dem Abkommen werden die meisten Zölle auf europäische Erzeugnisse, die nach Japan exportiert werden, abgeschafft. Sie schützt bestimmte geografische Angaben. Außerdem wird die japanische Ausschreibung in bestimmten Bereichen wie E-Commerce, Post oder Schienenverkehr liberalisiert. Sie enthält Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt. Japan hat das Abkommen bereits ratifiziert. Sie billigten auch das strategische Partnerschaftsabkommen mit 535 gegen 84 Stimmen bei 45 Enthaltungen. Der Rat muss ihn noch genehmigen, bevor er am 1. Februar 2019 in Kraft tritt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

[Abstimmung über den Europäischen Verteidigungsfonds](#)



Am 12. Dezember stimmten die Abgeordneten über Änderungen, in erster Lesung, zum Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds ab. Durch die Finanzierung europäischer Projekte muss die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich gefördert werden, die Interoperabilität der militärischen Ausrüstung der Mitgliedstaaten verbessern und die strategische Autonomie der Union stärken... [Fortsetzung](#)

Abstimmung über das Programm für ein digitales Europa für 2021-2027



Am 13. Dezember stimmten die Abgeordneten über Änderungen in erster Lesung zu dem Vorschlag für eine Verordnung zur Aufstellung des Programms für ein digitales Europa für den Zeitraum 2021-2027 ab. Dieses Programm wird 2021 gestartet, um den digitalen Wandel der europäischen Gesellschaften und Volkswirtschaften zu unterstützen. Im Rahmen des Programms Digital Europe werden Projekte in Bereichen der Digitaltechnik gefördert... [Fortsetzung](#)

Zypriotischer Präsident diskutiert über die Zukunft Europas



Der zypriotische Präsident Nicos Anastasiades war am 12. Dezember im Europäischen Parlament in Straßburg, um im Rahmen der Debatte über die Zukunft Europas eine Rede zu halten. Er betonte die Notwendigkeit, "kollektiv" mit destabilisierenden Phänomenen wie Brexit, Terrorismus, Migration, Nationalismus und Populismus umzugehen. Er sagte, dass Zypern nach wie vor ein starker Befürworter der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit ist und sich für "die militärische Unabhängigkeit Europas[und] die Schaffung einer europäischen Armee" ausgesprochen hat. Er erinnerte daran, wie wichtig die Unterstützung der EU für die "Ausübung souveräner Rechte auf Erforschung und Nutzung natürlicher Ressourcen" in der Ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns ist... [Fortsetzung](#)

Verleihung des Sacharow Preises



Im Rahmen einer Zeremonie im Europäischen Parlament am 12. Dezember wurde der Sacharow-Preis für geistige Freiheit an den Filmemacher und politischen Gefangenen Oleg Sentsov verliehen. Er war nicht anwesend: Er ist immer noch in Sibirien inhaftiert. Seine Cousine Natalya Kaplan und sein Anwalt Dmitriy Dinze waren anwesend, um ihn zu vertreten... [Fortsetzung](#)

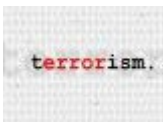
Genehmigung des Haushalts 2019



Am 12. Dezember genehmigten die Abgeordneten den Haushalt der Europäischen Union für 2019. Am 11. Dezember hat der Rat ihn ebenfalls gebilligt. Die Vereinbarung sieht Verpflichtungen in Höhe von 165,8 Mrd. EUR (+3,17% gegenüber 2018) und Zahlungen in Höhe von 148,2 Mrd. EUR (+2,37%) vor. Der Schwerpunkt liegt auf Beschäftigung und Wachstum, Jugend, Sicherheit und Migration... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Bedrohung durch den Terrorismus



Am 12. Dezember verabschiedeten die Abgeordneten Empfehlungen für eine neue EU-Strategie zur Verhinderung von Radikalisierung, zur Verbesserung des Informationsaustauschs und zur Unterstützung der Opfer des Terrorismus. Sie empfehlen, die Rolle der europäischen Agenturen wie Europol und der Europäischen Agentur für die operative Verwaltung großer Informationssysteme zu stärken... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Vereinbarung zur Stärkung der Cybersicherheit



Am 10. Dezember einigten sich das Parlament und der Rat auf mehrere Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit. Sie führten das erste europäische Cybersicherheitszertifizierungssystem ein, um Standards für Produkte und Dienstleistungen zu gewährleisten, die in der Europäischen Union vermarktet werden. Die Cyber Security Agency (ENISA) wird über erweiterte Befugnisse verfügen, insbesondere um auf größere Cyberangriffe zu reagieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Assoziationsrat EU-Ukraine



Die Europäische Union und die Ukraine haben am 17. Dezember, ein Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens EU-Ukraine, in Brüssel die fünfte Tagung des Assoziationsrates abgehalten. Die Europäische Union ist besorgt über die Eskalation in der Kertschstraße und im Asowschen Meer, die Verletzung des Völkerrechts durch Russland sowie die anhaltende Militarisierung in der Region... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten



Am 11. Dezember führten die Minister eine Aussprache über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen für 2021-2027. Sie haben die Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates am 13. und 14. Dezember abgeschlossen. Sie führten eine Anhörung, nach Artikel 7, über die Rechtsstaatlichkeit in Polen durch und diskutierten in diesem Zusammenhang die Lage in Ungarn. Die Minister billigten auch das Programm des Rates für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 30. Juni 2020... [Fortsetzung](#)

Eröffnung der Beitrittskapitel für Montenegro und Serbien



Am 10. Dezember fand die 12. Sitzung der Beitrittskonferenz mit Montenegro statt, um ein 32. Verhandlungskapitel über Umwelt und Klimawandel zu eröffnen. 3 sind bereits vorläufig abgeschlossen. Am selben Tag fand die 9. Sitzung der Beitrittskonferenz mit Serbien statt, um das 15. und 16. Verhandlungskapitel über Wirtschafts- und Währungspolitik und Statistik zu eröffnen. Für Serbien sind bereits 2 Kapitel vorläufig abgeschlossen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat "Landwirtschaft und Fischerei"



Am 17. Dezember erörterten die Minister für Landwirtschaft und Fischerei die Reform der GAP zur Vorbereitung auf die nächste Verhandlungsrunde 2021-2027. Sie diskutierten auch die Rolle der Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der europäischen Strategie für die Bioökonomie. Sie verabschiedeten eine Verordnung zur Festsetzung der 2019 geltenden Fangmengen für die Fischbestände im Schwarzen Meer... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Assoziationsrates EU-Kosovo



Der dritte Stabilitäts- und Assoziationsrat EU-Kosovo fand am 17. Dezember in Brüssel statt. Er gab einen Überblick über die Fortschritte des Kosovo in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Finanzen. Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche lag auf der Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Diplomatie :

Bericht über die Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten



Der am 10. Dezember vom Auswärtigen Dienst der EU veröffentlichte Bericht über die Partnerschaft zwischen der EU und Ägypten zwischen Juni 2017 und Mai 2018 hebt hervor, dass die Ziele erreicht werden, die in den Prioritäten 2017-2020 festgelegt sind, die vom Assoziationsrat im Juli 2017 durch regelmäßige politische Dialoge und bilaterale Besuche angenommen wurden. Der Bericht hebt die Rolle Ägyptens als regionaler Akteur hervor, insbesondere im Hinblick auf seinen Vorsitz in der Afrikanischen Union im nächsten Jahr. Er zeigt jedoch anhaltende Herausforderungen wie Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kooperationsrat EU-Kirgisistan



Auf der Tagung des Kooperationsrates am 10. Dezember erörterten die Europäische Union und Kirgisistan die Entwicklung ihrer Beziehungen, insbesondere im Rahmen der Verhandlungen über das Abkommen über Partnerschaft und verstärkte Zusammenarbeit. Sie erörterten auch die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die Justiz- und Wahlreform sowie die Grundrechte. Sie diskutierten die regionale Rolle Kirgisistans, insbesondere bei der Wiederherstellung von Uranabbaugebieten, die aus der Sowjetzeit stammen... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Der Schulderrückkauf der EZB steht im Einklang mit ihrem Mandat.



Am 11. Dezember entschied der Gerichtshof, dass das Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Erwerb von Staatsanleihen (Staatsschulden) durch die nationalen Zentralbanken auf dem Sekundärmarkt nicht gegen EU-Recht verstößt. Es wurde 2015 eingeführt, um die Inflation zu stimulieren. Der Gerichtshof entschied, dass die EZB ihr Mandat nicht überschritten hat und nicht gegen das Verbot der monetären Finanzierung verstößt: Das Programm fällt in den Geltungsbereich der Geldpolitik, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fällt und die Staaten nicht daran hindert, eine solide Haushaltspolitik zu betreiben. Das Gericht weist auch darauf hin, dass ein anderes Programm, das in Bezug auf Umfang und Dauer begrenzter war, sicherlich weniger effektiv und weniger schnell gewesen wäre, um die Inflation auf eine Rate von fast 2 % zu senken... [Fortsetzung](#)

EZB :

Ende des Schulderrückkaufprogramms



Am 13. Dezember bestätigte die Europäische Zentralbank, dass ihr Programm zur quantitativen Lockerung (QE), das seit 2015 zur Unterstützung von Wirtschaft und Inflation durchgeführt wird, am 19. Dezember endet. Sie wird die Zinsen für fällige Wertpapiere "über einen längeren Zeitraum über die erste Zinsanhebung hinaus" reinvestieren. Sie hat ihre Leitzinsen auf dem gleichen Niveau gehalten, und vorerst seit 2011 nicht mehr erhöht... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Kaufkraftmaßnahmen könnten das Defizit erhöhen.



Am 12. Dezember erläuterte der französische Premierminister Edouard Philippe die am 10. Dezember von Präsident Emmanuel Macron angekündigten Maßnahmen im Rahmen des "Zustands der wirtschaftlichen und sozialen Notlage", damit jeder von seiner Arbeit besser leben kann. Die Maßnahmen, deren Kosten auf 10 Mrd. EUR geschätzt werden, beobachtet die Kommission und erklärte, dass sie die Auswirkungen der Maßnahmen auf die öffentlichen Haushalte genau verfolgt und ihre Bewertung im Frühjahr 2019 vorlegen wird... [Fortsetzung](#)

Irland :

Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes



Am 13. Dezember verabschiedete das irische Parlament das Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung. Der Text, der eine bedingungslose Abtreibung bis zur 12. Woche oder in Fällen von "Risiko für das Leben" oder "ernsthafte Gesundheitsrisiko" für schwangere Frauen vorsieht, wurde vom Parlament im vergangenen Oktober nach einem Referendum im Mai, in dem 66% der Wähler das Recht auf Abtreibung befürworteten, geprüft. Das Gesetz muss nun vom Präsidenten unterzeichnet werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italien :

Regierung verpflichtet sich, ihr Defizitziel zu überprüfen



Im Anschluss an ein Treffen mit dem Präsidenten der Kommission, Jean-Claude Juncker, kam der italienische Ratspräsident Giuseppe Conte, mit Juncker überein, das Ziel des öffentlichen Defizits für 2019 von 2,4% im vorherigen Haushalt auf 2,04% des BIP zu senken, um die Einleitung eines Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit zu vermeiden. Das Staatsbürgerschaftseinkommen und die Rentenreform werden vorbehaltlich einiger Änderungen beibehalten. Italien hält seinen Vorschlag angesichts des für 2019 angekündigten französischen Defizits von 3,5 % des BIP für solide und fordert die Kommission auf, eine faire Behandlung der Länder sicherzustellen. Die Kommission wird den italienischen Vorschlag in den nächsten Tagen prüfen... [Fortsetzung](#)

Polen :

Wiedereingliederung von Richtern des Obersten Gerichtshofs

Am 17. Dezember unterzeichnete der polnische Präsident Andrzej Duda ein Gesetz zur Wiedereinstellung von Richtern des Obersten Gerichtshofs, die nach einer Reform zur Senkung des Rentenalters zum Rücktritt gezwungen worden waren. Die Unterzeichnung erfolgte



wenige Stunden nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs der Europäischen Union, in dem er zum zweiten Mal die "sofortige Aussetzung" der Reform forderte. Der Gerichtshof hat sein erstes Urteil am 19. Oktober nach einer dringenden Verweisung an die Kommission wegen Verstoßes gegen das Unionsrecht gefällt...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Die Abstimmung über die Austrittsvereinbarung wird auf Januar verschoben.



Die britische Premierministerin Theresa May gewann das Misstrauensvotum der konservativen Fraktion im Unterhaus am 12. Dezember mit 200 zu 117 Stimmen. Um ihre Abgeordneten zu überzeugen, sagte sie, dass sie bereit sei, vor den Parlamentswahlen 2022 ihr Amt niederzulegen. Da es jedoch keine Mehrheit für die Ratifizierung des Rücktrittsabkommens des Landes mit der Europäischen Union gab, musste sie die für den 11. Dezember im Unterhaus vorgesehene Abstimmung verschieben, die spätestens am 21. Januar stattfinden muss. Auf dem Europäischen Rat in Brüssel hat man ihr bei der Frage der irischen Grenze keine Zugeständnisse gemacht...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Schweden :

Stefan Löfven vom Parlament erneut abgelehnt



Das schwedische Parlament hat am 14. Dezember mit 200 zu 116 Stimmen den Vorschlag des Parlamentspräsidenten abgelehnt, Stefan Löfven (SAP), den scheidenden Ministerpräsidenten, für eine neue Amtszeit zu ernennen. Dies ist das zweite Mal, seit den Wahlen vom 9. September, dass ihm das Mandat von den Abgeordneten verweigert wurde. Der Parlamentspräsident wird die Gespräche mit den Parteiführern, darunter dem Vorsitzenden der gemäßigten Partei (M), Ulf Kristersson, wieder aufnehmen. Im Falle von zwei neuen Ablehnungen müssen Neuwahlen durchgeführt werden...

[Fortsetzung](#)

Schweiz :

Die Kommission schlägt vor, die Börsenäquivalenz um sechs Monate zu verlängern.



Die Europäische Kommission schlägt eine sechsmonatige Verlängerung ihres Beschlusses vor, Handelsplätze in der Schweiz als gleichwertig anzuerkennen. Damit können die in der Finanzmarkttrichtlinie und -verordnung vorgesehenen Handlungspflichten für Aktien in der EU auch dann als erfüllt angesehen werden, wenn ihnen an Handelsplätzen in der Schweiz nachgekommen wird. Dieser Beschluss soll es der Schweiz ermöglichen, ihre interne Konsultation zum institutionellen Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz bis zum Frühjahr 2019 abzuschließen. Die Gleichwertigkeit wurde nur für ein Jahr gewährt, bis zum Abschluss des Rahmenabkommens, das seit 2014 in Verhandlung war...

[Fortsetzung](#)

Europarat :

Bericht über die Korruption in Italien



In einem am 13. Dezember veröffentlichten Bericht kam die Gruppe der Staaten gegen Korruption des Europarates (GRECO) zu dem Schluss, dass Italien bei der Prävention der Korruption im Justizsystem Fortschritte erzielt hat, indem es drei der zwölf Empfehlungen zufriedenstellend umgesetzt hat. GRECO hob den verbleibenden Weg hervor, insbesondere bei der Umsetzung der Empfehlungen zur Verhinderung der Korruption von Parlamentariern...

[Fortsetzung](#)

UNO :

Abschlussklärung der COP 24



Am 15. Dezember wurde nach zweiwöchigen Konsultationen eine Abschlussklärung zwischen den 196 Staaten ausgearbeitet, die an der 24. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP 24) teilnehmen. Dies muss als Rahmen für die Umsetzung des 2015 unterzeichneten Pariser Abkommens dienen. Es war Gegenstand vieler Meinungsverschiedenheiten, insbesondere über die Transparenz der von den Staaten ergriffenen Maßnahmen...

[Fortsetzung](#)

Eurostat :**Jährliche Inflationsrate in der Eurozone gesunken**

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone lag im November 2018 bei 1,9%, gegenüber 2,2% im Oktober, wie aus den jüngsten von Eurostat am 17. Dezember veröffentlichten Daten hervorgeht. Sie liegt für die Union bei 2 %, gegenüber 2,2 % im Oktober. Die niedrigsten jährlichen Raten verzeichneten Dänemark (0,7%), Irland (0,8%) und Portugal (0,9%), während die höchsten Raten in Estland, Ungarn und Rumänien (3,2%) verzeichnet wurden... [Fortsetzung](#)

Warenhandelsbilanz

Nach den jüngsten Eurostat-Schätzungen vom 17. Dezember verzeichnete die Eurozone im Oktober 2018 einen Handelsüberschuss von 14 Mrd. EUR gegenüber 17,8 Mrd. EUR im Oktober 2017. Die Europäische Union weist ein Defizit von 7,7 Mrd. € auf, verglichen mit 1,8 Mrd. € im Oktober 2017... [Fortsetzung](#)

Bericht über die Höhe der Sozialleistungen

Im Jahr 2016 beliefen sich die Sozialschutzausgaben in der Europäischen Union auf 28,2 % des BIP, was einem Rückgang um 0,2 Prozentpunkte gegenüber 2015 entspricht, so die von Eurostat am 12. Dezember veröffentlichten Daten. Die beiden wichtigsten Quellen waren Sozialversicherungsbeiträge und Steuern, die 55 % bzw. 40 % der Gesamteinnahmen ausmachten. Frankreich (34%), Finnland und Dänemark (32%) führen die Rangliste an, während die niedrigsten Raten in Rumänien, Lettland und Litauen (15%) beobachtet wurden. Auf Hinterbliebenen- und Altersrenten entfielen 2016 46% der Sozialleistungen, auf Kranken- und Invalidenleistungen 37% und auf Familien-, Wohn- und Arbeitslosenleistungen 18%... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :**Das Ende der Roaming-Gebühren wirkt sich positiv aus.**

Laut einem von der Kommission am 14. Dezember veröffentlichten Zwischenbericht haben die Anrufe und die Nutzung mobiler Daten durch Europäer, die in der EU reisen, seit dem Ende der Roaminggebühren im Juni 2017 deutlich zugenommen. Anrufe wurden verdoppelt und die Datennutzung verfünffacht. Der Bericht weist darauf hin, dass das Ende der Roaming-Gebühren zur Ausweitung der 4G-Versorgung in Europa beigetragen hat. Die Kommission wird den vollständigen Bericht über die Folgen dieser Verordnungen im Dezember 2019 veröffentlichen... [Fortsetzung](#)

Ungleichheiten bei der Beteiligung von Frauen an der digitalen Wirtschaft

Die erste Ausgabe des jährlichen Anzeigers "Women in Digital", der von der Kommission am 10. Dezember veröffentlicht wurde, um die Beteiligung von Frauen an der digitalen Wirtschaft anhand von 13 Indikatoren zu bewerten, zeigt, dass 17% der Arbeitsplätze im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) von Frauen besetzt sind, während sie 52% der europäischen Bevölkerung ausmachen. Im Durchschnitt verdienen sie fast 20% weniger als Männer. Die besten europäischen Studenten, von denen die meisten auch bei der digitalen Wettbewerbsfähigkeit an der Spitze stehen, kommen aus Finnland, Schweden und Luxemburg, während Bulgarien, Rumänien und Griechenland die niedrigsten Werte aufweisen... [Fortsetzung](#)

Der Antisemitismus in der Union hält an.

Laut dem am 10. Dezember veröffentlichten Bericht der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) über Diskriminierung und Hassverbrechen gegen Juden hält der Antisemitismus an. Etwa 90% glauben, dass der Antisemitismus in ihrem Land auf dem Vormarsch ist, und der gleiche Anteil glaubt, dass dies ein Online-Problem ist. Fast 30 % der Befragten wurden im vergangenen Jahr schikaniert, und 80 % melden den zuständigen Behörden keine schweren Vorfälle, weil sie der Meinung sind, dass dies keinen Unterschied machen würde. Die Agentur forderte die Mitgliedstaaten auf, in Zusammenarbeit mit den Beteiligten Sofortmaßnahmen zu ergreifen... [Fortsetzung](#)

Bericht über die Rüstungsindustrie



Laut dem jüngsten Bericht über die globale Rüstungsindustrie, der vom Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) am 10. Dezember veröffentlicht wurde, beliefen sich die weltweiten Verkäufe von Waffen und Militärdienstleistungen im Jahr 2017 auf 398,2 Milliarden Dollar, 2,5% mehr als im Jahr 2016, was einem Anstieg von 44% seit 2002 entspricht. Amerikanische Unternehmen dominieren die TOP 100 der Rüstungsproduzenten mit 57% des gesamten Rüstungsumsatzes, gefolgt von russischen Unternehmen mit 9,5%. In Europa bleibt das Vereinigte Königreich der wichtigste Waffenproduzent mit 7 Unternehmen unter den TOP 100 vor Frankreich... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Fernand Khnopff im Petit Palais



Das Petit Palais in Paris widmet dem belgischen Künstler Fernand Khnopff (1858-1921) eine Retrospektive. Seine Gemälde, Stiche und Skulpturen, die oft traumhaft und symbolisch sind, werden in Frankreich selten ausgestellt. Sie sind bis zum 17. März 2019 sichtbar... [Fortsetzung](#)

Prags Goldenes Zeitalter



Das Prager Stadtmuseum widmet bis zum 31. März 2019 eine Ausstellung dem goldenen Zeitalter Prags, seiner außergewöhnlichen städtebaulichen, architektonischen und technischen Entwicklung, die dazu führte, dass es Ende des 19. Jahrhunderts vom provinziellen Status zu einer Metropole des Österreichisch-Ungarischen Reiches wurde... [Fortsetzung](#)

Königliche Damen in Turin



Vom 20. Dezember 2018 bis 6. Mai 2019 zeigt das Palais Madame in Turin eine Ausstellung über das Leben zweier Frauen, die zwischen 1600 und 1700 einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft und der Kunstkultur in Savoyen hatten, Christine de France (1606-1663) und Marie-Jeanne-Baptiste de Savoie-Nemours (1644-1724)... [Fortsetzung](#)

Die Welt der Eis Moomins



Im Hotel "Sport & Spa Hotel Vesileppis" im finnischen Leppävirta findet ab dem 26. Dezember die weltweit erste Ausstellung von Eisskulpturen in einem 30 Meter tiefen Keller statt. Renommiertere Eisbildhauer haben eine Stadt der Moomins (von Tove Jansson entworfene trollförmige Figuren) mit Licht- und Klanglandschaften geschaffen... [Fortsetzung](#)

Sammlung der Schönen Künste in Lüttich



Das Musée des Beaux-Arts in Lüttich zeigt vom 21. Dezember 2018 bis 18. August 2019 eine unveröffentlichte Sammlung von mehr als 150 Gemälden und Skulpturen internationaler und belgischer Meister von der Renaissance bis zur Avantgarde. Die Ausstellung "Lüttich. Meisterwerke" zielt darauf ab, einen Dialog zwischen Epochen und formalen Bewegungen herzustellen... [Fortsetzung](#)

Agenda :



17. Dezember

Brüssel

Assoziationsrat EU-Ukraine, Stabilitäts- und Assoziationsrat EU-Kosovo



17. und 18. Dezember

Brüssel

Dez Rat "Landwirtschaft und Fischerei"

18
Dez

18. Dezember
Brüssel
Stabilitäts- und Assoziationsrat EU-Serbien

19
Dez

19. Dezember
Brüssel
Rat "Energie"

20
Dez

20. Dezember
Brüssel
Umweltrat, Assoziationsrat EU-Ägypten

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Thomas de Robiano, Helen Levy ;
Victoire Bortoli, Chloé Hellot, Natasha Hroneska, Sophie van der Heijden
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)